

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 23.07.2015
Dezernat III	Amt III	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0198/15

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	28.07.2015	nicht öffentlich
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	17.09.2015	öffentlich
Stadtrat	08.10.2015	öffentlich

Thema: Freihandelsabkommen TTIP und CETA stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 04.09.2015 folgenden Beschluss gefasst (Beschluss-Nr. 077-003(VI)14):

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg spricht sich gegen die derzeit zwischen den USA und der EU verhandelte „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) und gegen das zwischen der EU und Kanada verhandelte Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) in der jetzigen Form aus.
2. Der Stadtrat ist besorgt, dass nach derzeitigem Verhandlungsstand europäische Standards, insbesondere Umwelt-, Arbeits-, Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzstandards sowie bestehende Rechtsvorschriften der Europäischen Union unterlaufen werden und dass daraus negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Landeshauptstadt Magdeburg und die kommunale Daseinsvorsorge entstehen.
3. Der Stadtrat lehnt die geplanten Investor-Staat-Schiedsverfahren ausdrücklich ab. Damit wird der Schutz einheimischer Betriebe bei Geschäften in Nordamerika ausgehebelt. Schiedsverfahren können und dürfen eine ordentliche Gerichtsbarkeit nicht ersetzen.
4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, diese Haltung im Deutschen Städtetag und anderen Gremien zu vertreten und entsprechende Initiativen zu unterstützen.

Dazu wird wie folgt informiert:

Im Unterschied zum TTIP war das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) bereits im August 2014 endverhandelt und liegt nun zur Prüfung in verschiedenen Gremien der EU und auf staatlicher Ebene vor. Es wird angestrebt, ab Mitte 2015 die erforderlichen Rechtsakte zur Inkraftsetzung herbeizuführen

Die Stadtverwaltung hat die Position des Stadtrates zu TTIP in der jüngeren Vergangenheit in verschiedene Gremien kommunaler Verbände eingebracht. Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat zuletzt die Angelegenheit am 9. Juni 2015 in Dresden behandelt und fasste folgenden Beschluss:

- „1. Der Hauptausschuss unterstützt das gemeinsame Positionspapier des BMWI mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zu TTIP.
2. Er bekräftigt erneut seine Forderungen, dass die kommunale Daseinsvorsorge und die kommunale Organisationsfreiheit sowie die EU-Vergaberichtlinien durch TTIP und andere Freihandelsabkommen nicht in Frage gestellt werden dürfen. Auch dürfen EU-weit einheitlich oder national festgelegte Schutzstandards, insbesondere Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, nicht durch Freihandelsabkommen eingeschränkt werden. Zudem lehnt das Präsidium weiterhin spezielle Investitionsschutzregelungen mit privaten Schiedsstellen ab.“

Das in Ziffer 1 genannte gemeinsame Positionspapier wird in der Anlage wiedergegeben.

Rainer Nitsche
Beigeordneter

Anlage